



Mehr statt weniger

Seit Jahren will die Politik den Pestizideinsatz in Deutschland senken. Doch tatsächlich landen nicht weniger sondern immer mehr Unkrautvernichterauf den Feldern. Wie wird das in Zukunft weitergehen?

Unlängst hat die EU nach langen Diskussionen drei besonders bienengefährliche Neonicotinoide verboten, zumindest im Freiland. Und der Industrieverband Agrar verkündete vor einigen Wochen, der Umsatz mit Pestiziden in Deutschland sinke seit 2015. Minus zwei Prozent im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr. Bei den Insektiziden waren es sogar minus fünf Prozent. Macht die Pestizidindustrie weniger Einnahmen, weil die Bauern weniger spritzen? Leider nicht. Der leichte Umsatzrückgang hatte zum Teil mit günstigeren Preisen für Kombipräparate zu tun. Es gibt keine genaue Statistik darüber, was auf welchem Feld gespritzt wird. Nur Angaben über Umsätze der Industrie, grobe Tonnagen-Angaben der Behörden und Verkaufszahlen von Pflanzenschutzmitteln. Tatsächlich landen nicht weniger, sondern immer mehr Pestizide auf Deutschlands Feldern. So kauften die Landwirte vor 16 Jahren rund 29.500 Tonnen Pestizidwirkstoffe ein, 2016 waren es dann laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit über 32.000 Tonnen (Pestizide, die zum Vorratsschutz eingesetzt werden, nicht eingerechnet) - ein Plus von neun Prozent. Vor allem Fungizide, also Antipilzmittel, brauchen die Bauern immer mehr. Beispiel Kartoffel: Eine

Mehrheit der Landwirte bringt mindestens sieben verschiedene Chemikalien gegen Pilze auf den Acker, ist beim Julius-Kühn-Institut (pdf, Seite 31) nachzulesen.

Bei den Herbiziden (Unkrautvernichter) und Insektiziden (Mittel gegen Schädlinge) bewegt sich mengenmäßig nicht so viel nach oben oder unten. Für den unabhängigen Pestizidexperten Lars Neumeister ist das aber kein Grund zur Beruhigung: "Die Intensität des Pestizideinsatzes kann trotzdem steigen." Weil die Mittel immer wirksamer werden. Oder weil punktuell mehr gespritzt wird, wenn bestimmte Schädlinge irgendwo besonders Ärger machen. So wie der Rapsglanzkäfer 2017. Da kamen dann mehr chemisch-synthetische Pestizide auf die Rapsfelder als sonst. Und: "Bei manchen Insektiziden ist eine Tonne mehr oder weniger schon relevant", gibt Susan Haffmans vom Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) zu bedenken. Bereits in der letzten Legislaturperiode hatten Union und SPD in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass Pestizide so einzusetzen seien, dass Risiken für Mensch, Tier und Naturhaushalt minimiert werden. Die neue Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) will, dass der Pestizideinsatz naturverträglicher wird. "Wer glaubt, man könne die enormen Mengen an Pflanzenschutzmitteln naturverträglich ausbringen, ganz ohne die Mengen zu reduzieren, der irrt", kritisiert Haffmans. Es sei überhaupt kein politischer Wille erkennbar. Auch der Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz (pdf) der Bundesregierung sei in keinster Weise innovativ. Wie auch? Die Pestizidindustrie sitze da ja mit am Tisch.

Pestizidabgabe



Würde eine Steuer den Einsatz von Pestiziden reduzieren? (Foto: imago)

In anderen europäischen Ländern gibt es bereits Pestizidabgaben. Umweltverbände fordern so eine Steuer auch für Deutschland. "In Dänemark und Norwegen wurden Pestizidsteuern nach Giftigkeit eingeführt. In beiden Ländern ist der Pestizidverbrauch gesunken", so Pestizidexperte Lars Neumeister. Ein Gutachten des Helmholtz-Zentrums geht davon aus, dass Landwirte in Deutschland langfristig 35 Prozent weniger Pestizide spritzen würden. Eine Steuer allein wird das Pestizidproblem aber wohl nicht lösen. Susan Haffmans vom PAN plädiert dafür, die Pestizidindustrie stärker für die Schäden, die ihre Produkte verursachen, in die Pflicht zu nehmen. Diese muss sich bislang nicht einmal an den Kosten für Rückstandsanalysen in Lebensmitteln beteiligen.

"Abgesehen vom jüngsten Neonics-Verbot auf EU-Ebene hat sich in den vergangenen 15 Jahren nichts getan", sagt auch Christiane Huxdorff, Landwirtschaftsexpertin bei Greenpeace. Obwohl schon mindestens genauso lange über eine Pestizidminimierung geredet wird. Kaum jemand dürfte sich noch an das Pestizidreduktionsprogramm von Renate Künast (Grüne) aus dem Jahr 2004 erinnern. Nicht, weil es schon so lange her ist, dass Künast Landwirtschaftsministerin war. Sondern, weil es wirkungslos blieb. Das Programm war freiwillig, also kein Muss für die Landwirte, ohne Quoten und Fristen. Umweltschützer sprachen denn auch von einer "Mogelpackung".

Etwas hat sich aber schon verändert. Früher wurden häufig viel zu hohe Pestizidrückstände in Obst oder Gemüse gefunden. Das passiert heute seltener. Huxdorff von Greenpeace weiß, woran das liegt: "Die Landwirte verwenden weiterhin einen Pestizidcocktail. Sie spritzen nur cleverer. Also etwa früher, sodass das Endprodukt sauberer ist. Aber sie spritzen deshalb nicht weniger." Die Auswirkungen auf die Umwelt und die Artenvielfalt bleiben. Wenn man den Pestizidexperten Neumeister fragt, wie zufrieden er mit der deutschen Pestizidpolitik ist, kommt die knappe Gegenfrage: "Welche Pestizidpolitik?" Die letzte Bundesregierung habe nichts getan, um den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Und transparent sei der Einsatz auch nicht. "Die Bundesregierung beziehungsweise das Bundesamt für Verbraucherschutz hält die genauen Daten zum wirkstoffspezifischen Absatz geheim." Für Huxdorff ist klar: "Die Pestizidmengen müssen insgesamt runter. Die gesamte Landwirtschaft muss bis 2050 ökologisiert werden." Es reiche nicht, einzelne Pestizide zu verbieten.

Glyphosat bleibt

Das hochumstrittene Totalherbizid Glyphosat, das im Verdacht steht, Krebs zu erregen, darf vorerst weiter verwendet werden. Klöckners Vorgänger Christian Schmidt (CSU) hatte zum Ende seiner Amtszeit 2017 noch rasch auf EU-Ebene die Zulassungsverlängerung für weitere fünf Jahre mit durchgewunken. Künftig sollen die Landwirte aber weniger davon spritzen. Es soll strengere Vorschriften geben, zugleich aber auch viele Ausnahmen. Hobbygärtner sollen den Unkrautvernichter gar nicht mehr kaufen dürfen. Klingt gut, allerdings macht die Privatanwendung von Glyphosat hierzulande sowieso nur zwei Prozent aus. Als größter Einzelanwender wird häufig die Bahn genannt. 70 Tonnen Unkrautvernichtungsmittel landeten 2016 laut einer



Die Bahn setzt Glyphosat auf den Gleisstrecken ein
(Foto: imago)

Bahn-Sprecherin auf Deutschlands Gleisen. Das seien aber nur 0,15 Prozent des deutschen Gesamtherbizidsverbrauchs, betont die Bahn. Bislang gebe es keine Alternativen zu Unkrautvernichtern. Die Bahn will aber zusammen mit Forschern und der Industrie nach neuen Lösungen suchen. Ein Vorhaben, das es auch schon vor 20 Jahren gab.

2006 empfahlen die Vereinten Nationen, hochgefährliche Pestizide schrittweise ganz aus dem Verkehr zu ziehen. Bei drei Neonics ist das nun in der EU geschehen, das hochumstrittene Totalherbizid Glyphosat bleibt hingegen vorerst im Regal. Das PAN plädiert dafür, sowohl die Pestizidmengen zu drücken als auch besonders gefährliche Einzelstoffe zu verbieten. Es gibt eine entsprechende PAN-Liste. Auf der stehen über 300 Wirkstoffe, die weltweit eingesetzt werden. So wie Deltamethin. Das Mittel wird häufig in Obst und Gemüse nachgewiesen. Es gilt als hormonell schädlich und bienengefährlich. In Deutschland gibt es laut PAN 19 Mittel mit dem Wirkstoff. Deltamethin hilft zum Beispiel gegen Blattläuse oder den Kartoffelkäfer. Seit die EU 2009 einen Gefahrenansatz im Pestizidrecht verankert hat, dürfen hochproblematische Pestizide eigentlich nicht mehr zugelassen werden - etwa wenn sie nachweislich krebserregend sind. Seit Kurzem gibt es in der EU auch Kriterien für hormonschädliche Pestizide.

Dass oft auch einfach unnötig viel Gift auf den Äckern landet, weil die Bauern auf Nummer sicher gehen wollen, legt eine Studie aus Frankreich nahe. Forscher aus Dijon schauten sich 1000 Bauernhöfe an und kamen zu dem Schluss: Knapp 60 Prozent der Betriebe könnten ihren Pestizidverbrauch im Schnitt um 40 Prozent senken, ohne deshalb weniger zu ernten. Pestizide ganz wegzulassen, ist natürlich nicht so einfach, wie es klingt. Auch Biobauern müssen ja jede Menge tun, um Schädlinge und Unkräuter in Schach zu halten. "Man muss

den Landwirten Alternativen zum Pestizideinsatz aufzeigen", meint Haffmans. Und umweltverträgliche Landwirtschaft besser fördern. "Die angestrebten 20 Prozent Ökolandbau wären schon mal ein gutes Etappenziel." Auf dem Weg zu mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz und einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.
